



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen des
Netzwerks Grundeinkommen**

- 1. Wie steht Ihre Partei zum Grundeinkommen gemäß den vier Kriterien des Netzwerks Grundeinkommen?**
- 2. Welche Ihrer Meinung nach mit der Einführung des Grundeinkommens verbundenen weiteren Reformen strebt Ihre Partei an?**
- 3. Will und wie will Ihre Partei die Diskussion und die Einführung eines Grundeinkommens in Deutschland befördern?**
- 4. Wie steht Ihre Partei zur Forderung, eine Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag einzurichten, in der Idee, Modelle und Einführungsstrategien eines Grundeinkommens diskutiert werden? Ist Ihre Partei bereit, Bürgerschaftsforen und -konvente anlässlich der Enquete-Kommission zum Grundeinkommen zu unterstützen und somit eine breite Öffentlichkeit in die gesellschaftliche Diskussion über das Grundeinkommen einzubeziehen?**
- 5. Wie stehen Sie zur Forderung, die Einführung des Grundeinkommens in Deutschland mit einem bundesweiten Volksentscheid zu verbinden? (Was natürlich voraussetzt, dass dieser möglich ist.)**
- 6. Das Europäische Parlament hat sich in zwei Entschliefungen wie folgt zum Grundeinkommen in der EU geäußert:**

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. Oktober 2008 zur Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut, in der EU (2008/2034(INI)): Das Europäische Parlament „fordert die Kommission auf, die armutsbekämpfende Wirkung des bedingungslosen Grundeinkommens für alle zu prüfen.“

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Oktober 2010 zu der Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut und Förderung einer integrativen Gesellschaft in Europa (2010/2039(INI)): Das Europäische Parlament „ist der Auffassung, dass die verschiedenen Erfahrungen mit Mindesteinkommen sowie mit dem bedingungslosen Grundeinkommen für alle, gepaart mit zusätzlichen Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung

und zum sozialen Schutz, zeigen, dass es sich um wirksame Formen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung und zur Gewährleistung eines Lebens in Würde für alle handelt; fordert daher die Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung anderer Erfahrungen in den Mitgliedstaaten auf den Weg zu bringen, die bewährte Verfahren berücksichtigen und anregen, und individuell verschiedenen Modelle des angemessenen Armut verhindernden Mindest- bzw. Grundeinkommens als Maßnahme zur Armutsprävention und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Bürger (...) bejahen.“ Das Europäische Parlament „fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, zu prüfen, wie verschiedene Modelle bedingungsloser und der Armut vorbeugender Grundeinkommen für alle zur gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Eingliederung beitragen könnten, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass sie nicht stigmatisierend wirken und geeignet sind, Fälle von verschleierter Armut zu vermeiden.“

- 6 a Welche Positionen nimmt Ihre Partei zu diesen Forderungen des Europäischen Parlaments ein?**
- 6 b Welche Aktivitäten haben Ihre Partei bzw. Ihre Abgeordneten zur Umsetzung dieser Forderungen unternommen?**
- 7. Das Grundeinkommen wird als Menschenrecht diskutiert, das – wie alle Menschenrechte – allen Menschen bedingungslos zusteht.**
- 7 a Wie bewertet Ihre Partei ein weltweites Grundeinkommen für alle Menschen, dass die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe auf dem jeweiligen nationalen Niveau sichert?**
- 7 b Engagiert sich Ihre Partei für die Beförderung eines weltweiten Grundeinkommens? Wenn ja, wie?**
- 8 b Welche Rolle könnte in dieser Hinsicht aus der Sicht Ihrer Partei das bedingungslose Grundeinkommen spielen?**
- 10 b Sieht Ihre Partei mit einem jedem Kind zustehenden, ausreichenden Grundeinkommen eine Chance, Kinderarmut abzuschaffen?**

Die Fragen 1 bis 7, 8b und 10b werden aufgrund des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Ziel von CDU und CSU ist es, dass es in Deutschland allen möglich sein soll, existenzsichernde Einkommen zu erzielen. Mit dem Mindestlohn wurde hierzu ein Beitrag geleistet. Des Weiteren sehen wir es im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe als zielführender an, niedrig entlohnte Arbeitnehmer mit Blick auf ihre konkrete Lebenssituation finanziell zu unterstützen, anstatt ein bedingungsloses Grundeinkommen zu zahlen. Dies soll Arbeitsuchende motivieren, Beschäftigungschancen zu ergreifen. Denn Arbeit ist mehr als bloßer Broterwerb. Sie ermöglicht Selbstverwirklichung, stiftet Lebenssinn und ist eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Es gilt Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu fördern. Für Menschen, die beispielsweise aus Gesundheitsgründen nicht arbeiten können, soll es auch weiterhin eine Grundsicherung geben.

8. Unter dem Stichwort Digitalisierung deuten sich enorme Veränderungen in der Erwerbsarbeitswelt an.

8 a Welche erwerbsarbeits- und sozialpolitischen Maßnahmen und Instrumente werden in Ihrer Partei diskutiert und welche konkreten politischen Maßnahmen erachtet Ihre Partei als notwendig, um diesen Wandel im Sinne der Bedürfnisse der Menschen zu gestalten?

Antwort

Bereits 2014 haben wir die „Digitale Agenda“ der Bundesregierung beschlossen und setzen sie seither um. In den nächsten Jahren entscheidet sich, welche Länder bei der Digitalisierung erfolgreich und ganz vorne mit dabei sind. Dafür stellen wir die Weichen. Deshalb wird im Bundeskanzleramt die Position eines „Staatsministers für Digitalpolitik“ neu geschaffen.

CDU und CSU sind davon überzeugt, dass mit der Digitalisierung immense Chancen für Deutschland, seine Bürger und die Wirtschaft verbunden sind. Wir werden sie mutig ergreifen und entschlossen nutzen. Damit wir vorhandene Arbeitsplätze

sichern und neue schaffen, muss Deutschland auch hier Weltspitze sein. Fortschritt und Innovation wollen wir im Dienste der Menschen nutzen. Mit neuen Arbeitszeitmodellen wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Dabei kann uns die Digitalisierung helfen.

Bildung bzw. lebensbegleitendes Lernen wird eine Grundvoraussetzung, um der Digitalisierung der Arbeitswelt erfolgreich zu begegnen und die Menschen mitzunehmen. Deshalb brauchen wir eine digitale Bildungsoffensive für Schüler, Auszubildende, Studenten und Lehrkräfte, um sie optimal auf ihre Berufsleben im digitalen Zeitalter vorzubereiten. Zudem wollen wir eine "Nationale Weiterbildungsstrategie" auflegen, um berufliche Weiterbildung/Qualifizierung besser zu unterstützen. Der Arbeitsplatz soll auch zum Lernort werden, denn nachhaltige und effektive berufliche Weiterbildung sollte immer praxisnah erfolgen. Die genaue Ausgestaltung werden wir mit den Sozialpartnern und den zuständigen Stellen (Schulen, Kammern etc.) erarbeiten.

9. Die bestehenden Grundsicherungssysteme sind in der Kritik.

9 a Welche Änderungen bzw. Anpassungen (Höhe, Sanktions- und Repressionsfreiheit, Individualisierung der Leistung etc.) an bestehenden Grundsicherungen (SGB II/GB XII) plant Ihre Partei?

Antwort

Wir haben in Deutschland eines der verlässlichsten und sichersten Sozialsysteme der Welt. Jeder kann sich, unabhängig vom Einkommen, darauf verlassen, dass er entsprechend versorgt wird, wenn er krank, pflegebedürftig, arbeitslos oder erwerbsunfähig wird. Die Grundsicherung sichert den notwendigen Lebensunterhalt. Unser Sicherungsnetz ist eng gespannt und fängt jeden auf, der Hilfe benötigt. Wir wollen, dass es auch in Zukunft so bleibt. Mit unserer vorausschauenden Politik wollen wir die soziale Sicherheit auch für unsere Kinder und Enkel gewährleisten. Denn wir nehmen alle mit und lassen niemanden zurück – heute wie morgen.

- 9 b Wie steht Ihre Partei zur Auffassung des ehemaligen Leiters der Sektion Zwangsarbeit der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), dass der Sanktionsparagraf des SGB II (bekannt als Hartz IV) in Bezug auf Aufnahme einer Lohnarbeit ein völkerrechtswidriger Verstoß gegen das Verbot von Zwangsarbeit ist?**

Dazu (https://www.boeckler.de/pdf_fof/96400.pdf)

Antwort

Sanktionen sind dann angemessen, wenn beispielsweise eine zumutbare Arbeit ohne einen wichtigen Grund abgelehnt wird. Dies betrifft aber nur einen geringen Prozentsatz der Arbeitslosengeld-II-Bezieher. Bei den meisten Langzeitarbeitslosen gibt es keinerlei Gründe für Sanktionen. Der Missbrauch von Sozialleistungen darf nicht hingenommen werden. Dies sind wir den Erwerbstätigen und jenen Arbeitslosengeld-II-Bezieher schuldig, die sich ernsthaft um Arbeit bemühen.

- 10. Welche konkreten Maßnahmen sieht Ihre Partei als notwendig an, um Kinder- und Altersarmut zu beseitigen?**

Antwort

Kinderarmut

Noch stärker als bisher wollen wir in den kommenden vier Jahren unsere Förderung auf Familien und Kinder ausrichten. Wir finden uns nicht mit Kinderarmut ab. Wir wollen, dass alle unsere Kinder die bestmögliche Erziehung, Bildung und Betreuung erhalten, unabhängig von Herkunft und Lebenssituation der Eltern.

Wir können Kinder dann aus sozial schwachen Verhältnissen holen, wenn wir ihre Eltern in Arbeit bringen. CDU und CSU setzen sich für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, indem wir die Kinderbetreuung weiter ausbauen, einen Anspruch auf Betreuung im Grundschulalter einführen, flexible Arbeits- und Teilzeitmodelle befördern, den Wiedereinstieg in die Berufstätigkeit nach einer Pause unterstützen und einen Anspruch auf befristete Teilzeit in Betrieben ab einer bestimmten Größe schaffen. Zudem werden wir das Kindergeld um 300 Euro im Jahr erhöhen und finanzielle Mittel bereitstellen, damit jungen Menschen, deren

Eltern von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, in ganz Deutschland der Weg in Ausbildung und Arbeit geebnet wird.

In den vergangenen Jahren haben CDU und CSU bereits zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, um Familien generell, vor allem Familien mit kleinen Kindern und auch Alleinerziehende, wirksam zu unterstützen und vor Armut zu schützen: Mit der Einführung des Elterngeldes, der Erhöhung der Betreuungsplätze bis hin zum Rechtsanspruch für Unterdreijährige, mit der verbesserten Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten, der Ausweitung des Kinderzuschlages, der Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages ist Wesentliches für die Stärkung der Familien und den Schutz vor Armut geleistet worden. Wir setzen zudem darauf, dass Bildung der Schlüssel zur Vorbeugung von Armut ist. Hierzu haben wir das erfolgreiche Bildungs- und Teilhabepaket eingeführt und fördern beispielsweise mit dem Programm „Kultur macht stark“ außerschulische Maßnahmen der kulturellen Bildung.

Altersarmut (siehe Frage 10a)

10 a Sieht Ihre Partei mit einer ausreichenden Grundrente für alle eine Chance, Armut im Alter abzuschaffen?

Antwort

Dank der Sozialen Marktwirtschaft haben wir in Deutschland eines der besten und sichersten Sozialsysteme der Welt. Unser Sicherungsnetz ist eng gespannt und fängt jeden auf, der Hilfe benötigt. Reicht die eigene Rente nicht, sichert die Grundsicherung den notwendigen Lebensunterhalt.

Derzeit sind in Deutschland rund drei Prozent der Menschen über 65 Jahre auf staatliche Hilfe angewiesen und beziehen Grundsicherung im Alter. Bedürftigkeit im Alter ist heute also kein Massenphänomen. Damit dies auch so bleibt, haben CDU und CSU das Alterssicherungssystem über alle drei Säulen in Deutschland gestärkt und zukunftsfest gemacht. Wir stehen für ein Rentenrecht, das Generationengerechtigkeit sichert und Leistungen sowie Lasten fair und nachvollziehbar verteilt.

Die gesetzliche Rente soll zentraler Pfeiler der Altersvorsorge bleiben. Daneben sind Betriebsrenten und die private Vorsorge (z. B. Riester-Renten) ebenfalls von großer Bedeutung für eine nachhaltige und gute Altersversorgung. Unser Ziel bleibt es weiterhin Altersarmut zu vermeiden.

Die Weiterentwicklung der Rente nach 2030 soll in einem partei- und fraktionsübergreifenden gesellschaftlichen Konsens unter Einbeziehung der Tarifpartner geregelt werden. Zu diesem Zweck setzen wir eine Rentenkommission ein, die bis Ende 2019 Vorschläge erarbeiten soll.

- 11. Welche konkreten Vorschläge unterbreitet Ihre Partei, um den Menschen mehr finanziell abgesicherte Selbstbestimmung über ihre Erwerbsarbeits- und Lebenszeit zu ermöglichen, zum Beispiel durch eine steuerfinanzierte Absicherung einer Auszeit?**

Antwort

Gemeinsam mit den Tarifpartnern werden wir flexible Modelle entwickeln, die es Familien ermöglichen, gemeinsam mehr Zeit miteinander zu verbringen. Wir werden prüfen, ob im Rahmen von Familien- und Lebensarbeitszeitkonten mehr Spielraum für Familienzeit geschaffen werden kann. Arbeitnehmer können somit selbst Zeit ansparen und diese z. B. während einer Weiterbildung oder für mehr Familien und Freizeit zum Lohn-/Zeitausgleich nutzen. Arbeitnehmer sollen so mehr individuelle Flexibilität in jeder Lebensphase erhalten, Arbeitgeber – insbesondere kleinere Betriebe – dürfen jedoch nicht überfordert werden.

- 12. Das Grundeinkommen hat in den meisten Modellen, neben Armutsprävention und angestrebter selbstbestimmter Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit mit anderen Formen menschlicher Tätigkeit (Care-Arbeit, am Gemeinwesen orientierte Tätigkeit, bürgerschaftliches Engagement), auch eine verteilungspolitische Funktion. Sieht Ihre Partei in verteilungspolitischer Hinsicht Handlungsbedarf und welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei diesbezüglich vor?**

Antwort

In der Sozialen Marktwirtschaft setzen CDU und CSU auf die Kraft und die Kreativität des Einzelnen, von Arbeitnehmern und Unternehmern. Anstatt auf mehr Umverteilung setzen wird auf Chancengerechtigkeit und Aufstiegschancen für alle, die bereit sind, dafür ihren Beitrag zu leisten. Aber wir wissen auch, dass Solidarität und soziale Gerechtigkeit unverzichtbar sind. Wir lassen niemanden zurück und wollen möglichst Vielen eine Chance auf Teilhabe und eigenverantwortlicher Lebensgestaltung geben. Dabei stehen für uns „Hilfe zur Selbsthilfe“ und „Fördern und Fordern“ im Mittelpunkt. Das ist unser europäisches Sozialmodell, für das wir auch weltweit werben und eintreten.